

The background of the cover is a photograph of a sunset over the ocean. The sun is low on the horizon, creating a bright glow and reflecting on the water. The sky is filled with soft, golden clouds. At the bottom of the cover, there is a stylized representation of the German flag, with horizontal stripes of black, red, and gold.

Stefan Bodler **FÜR**
**EIN (NOCH)
SCHÖNERES
DEUTSCHLAND**

**ÜBERLEGUNGEN
ZU STEUERN,
KRANKENVERSICHERUNG
UND RENTE**

Sachbuch

KLECKS VERLAG®

Für ein (noch) schöneres Deutschland

**Überlegungen zu Steuern,
Krankenversicherung und Rente**

von Stefan Bodler

Lund, Schweden im Februar/März 2018

Sachbuch

Inhalt

Für ein (noch) schöneres Deutschland	4
Steuern	9
Krankenversicherung.....	16
Rente.....	33
Umsetzung.....	45
Erweiterte Überlegungen	47
Auswirkungen und Möglichkeiten für ausgewählte Gehalts- und Einkommensklassen	52
Für ein (noch) schöneres Deutschland	108

FÜR EIN (NOCH) SCHÖNERES DEUTSCHLAND

Wir leben in einem der schönsten und reichsten Länder der Welt. Herrliche und saubere Landschaften wechseln sich mit wunderschönen, geschichtsträchtigen Städten ab. Deutschland ist eine internationale Wirtschaftsmacht, und seit Kurzem spricht man von Vollbeschäftigung. Wir genießen Freiheiten, die andere Bevölkerungen gar nicht kennen. Und doch gibt es in Deutschland Umstände, die wir zwar beklagen, aber als unabdingbar akzeptiert haben, wie zunehmende Kinder- und Altersarmut, eine Zwei-Klassen-Medizin, das EU-weit höchste Armutsrisiko oder eine zu hohe Steuer- und Abgabenlast. So etwas sollte es in einem Land wie Deutschland eigentlich gar nicht geben. Das Wort »alternativlos« wird hier gerne gebraucht. Doch nichts ist alternativlos. Es gibt immer Alternativen, nur macht sich niemand mehr die Mühe, zum Wohle der deutschen Bevölkerung danach zu suchen. Derzeit verzeichnen wir in Deutschland Rekordsteuereinnahmen und Rekordniedrigzinsen. Und trotz einer »schwarzen Null« im Staatshaushalt fehlt es angeblich an allen Ecken und Enden an Geld. Die Bundeswehr sei in einem maroden Zustand, liest man, und für wichtige Instandhaltungsmaßnahmen, wie die Erneuerung von Straßen, fehlten die Mittel. Wo sind die Steuermehreinnahmen und die Zinsersparnisse aus unseren Staatsschulden hin? Nun, ein paar Geldvernichtungsmaschinen sind ja bekannt. Der Berliner Flughafen oder Stuttgart 21 beispielsweise sind aktuelle Projekte, bei denen weder die Kosten noch das Ende der Bau-

zeit absehbar sind. Hier wird mit unserem Geld zu sorglos umgegangen. Wer das »Schwarzbuch« des Bundes der Steuerzahler liest oder einfach in den Medien genauer hinhört, der muss sich oft wundern, wie Steuergelder verschwendet werden.

Trotzdem sollten wir eigentlich über Steuererleichterungen und Investitionen in die Zukunft, beispielsweise für Kindergärten und Schulen, diskutieren. Stattdessen berät man über die Einführung zusätzlicher Steuern und der Bürgerversicherung mit den bereits absehbaren Folgen einer (noch) schlechteren Gesundheitsversorgung. Daher die Frage:

Können wir etwas tun?

Diese Frage ist berechtigt, und ich nehme es vorweg: Ja! Und mehr noch: Wir müssen sogar etwas tun, und zwar möglichst schnell. Denn der Patient Deutschland ist zwar schwerkrank aber (noch) nicht tot! Im Folgenden will ich mich daher mit den Bereichen Steuern, Krankenversicherung und Rente befassen. Themen, die vor allem die Bürger angehen, aber auch zunehmend für Unternehmer und Politiker interessant werden. Zu lange hat man sich nicht mehr darum gekümmert, und nun sind die oben erwähnten Missstände präsenter als jemals zuvor. Natürlich könnte man die Schuld beim Euro oder den Migranten suchen. Aber es geht nicht darum, Schuldige zu suchen oder die Verantwortung zu verteilen. Vielmehr sollten die Bürger mit den Unternehmern und den Politikern gemeinsam die Ärmel hochkrepeln und endlich dringend notwendige und weitreichende Entscheidungen treffen und diese natürlich auch konsequent umsetzen.

Steuern:

Man hat das Gefühl, in Deutschland wird für alles eine Steuer erhoben. Dabei ist bekannt, dass zu viel Besteuerung das Steu-

eraufkommen eher mindert. Der Steuerzahler sucht nach Steuerschlupflöchern und -sparmöglichkeiten oder nach (mehr oder weniger legalen) Steuertricks. Die Panama Papers sind ein gutes Beispiel dafür. Ohne Steuern auf (langfristige) Kapitalerträge und bei geringeren Steuern auf Arbeit und unternehmerischen Erfolg gäbe es diese vermutlich gar nicht. Das heißt man hätte sie mangels Nachfrage gar nicht erst entwickelt.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte müssen mehr als ein halbes Jahr »umsonst« arbeiten, um die Steuern und Sozialabgaben zu bedienen. Das ist frustrierend. Selbstständige und Unternehmer gehen höhere Risiken ein, arbeiten länger und verzichten auf soziale Sicherungssysteme, nur um bei Erfolg fast die Hälfte des Gewinns abzugeben. Wenn dann von diesen hochversteuerten Einnahmen noch Geld zum Anlegen übrig ist, zahlt man trotz erneutem Risiko und aktuellen Niedrigzinsen noch mal (Abgeltungs-)Steuer auf die Kapitalerträge. Und damit nicht genug: Die Abgeltungssteuer reicht den Politikern nicht mehr aus. Sie wollen diese abschaffen und noch mal fast die Hälfte des Gewinns bei erfolgreicher Kapitalanlage als Steuern vereinnahmen.

Krankenversicherung:

Die gesetzliche Krankenversicherung könnte man derzeit mit einem Supermarkt vergleichen, in dem eine übergeordnete Behörde vorgibt, in welchen Abteilungen und zu welchem Budget eingekauft werden darf. Dann rechnet sie noch direkt mit dem Supermarkt ab, damit der Einkäufer nicht sieht, was es kostet beziehungsweise kosten darf. Und wenn die Behörde sagt, es gibt für euch keine Bananen mehr (obwohl sie in der Obsttheke liegen), dann ist es halt so. Kein Mensch würde dies beim Einkaufen von Lebensmitteln akzeptieren. Aber in der

gesetzlichen Krankenversicherung läuft es genauso ab. Und weil es ein paar Glückliche gibt, die nahezu unabhängig einkaufen können, überlegt man nicht, wie auch alle anderen dieses Privileg erhalten, sondern plant ein Gesetz, dass diese sich gefälligst auch nach der Behörde richten müssen. Und damit die Benachteiligung nicht so auffällt, nennt man das Gesetz dann Bürgerversicherung.

Eng verbunden mit der Krankenversicherung ist die Pflegeversicherung. Denn besonders schlimm trifft es Menschen und deren Angehörige im Pflegefall, wenn keine ausreichende Versicherung besteht. Die Leistung der Pflegepflichtversicherung ist meistens zu gering, und dann belastet der Pflegebedürftige entweder die eigene Familie oder muss mit drittklassiger Pflege seinen Lebensabend bestreiten.

Rente:

Die Rente reicht bei vielen Menschen im Alter nicht mehr aus. Es besteht sogar stets die Gefahr, dass die gesetzliche Rentenversicherung unfinanzierbar wird. Übrigens soll dieses Problem bereits seit Adenauers Kanzlerschaft bekannt gewesen sein. Und trotzdem bastelt man an diesem System herum, anstatt auf nachhaltigere Alternativen, wie private Vorsorge, zu bauen.

Es ist nun wichtig, die richtigen Anreize zu schaffen und die Ursachen der Fehlentwicklungen zu bekämpfen, anstatt an den Symptomen herumzudoktern. Neue Steuern und Abgaben, die Abschaffung des Bankgeheimnisses, die maximale Überwachung und das totale Misstrauen gegenüber der Bevölkerung ist jedenfalls der falsche Weg.

Meine Überlegungen zu Steuern, Krankenversicherung und Rente zeigen einen schnell umsetzbaren, finanzierbaren und effektiven Weg, die Probleme mittel- bis langfristig zu lösen.

Denn weniger Steuern bedeutet mehr individuelle Freiheit, mehr Geld für privaten Konsum und Rente und schließlich eine Stärkung des Binnenmarkts. Eine erstklassige Krankenversicherung schafft eine hochwertige medizinische Versorgung und gesunde, zufriedene Menschen, die gerne und gestärkt zur Arbeit gehen. Und eine sichere Rente haben alle verdient, die sich in ihrem Leben für sich und andere eingesetzt haben!

STEUERN

Die Grundlage meiner Überlegungen ist ein neues Steuersystem. Nur damit lassen sich die notwendigen Veränderungen bei der Kranken- und Rentenversicherung umsetzen. Derzeit leisten wir uns in Deutschland ein Steuersystem, das die Steuerberater nur noch bedingt und die normalen Bürger gar nicht überblicken. Dabei war doch einmal von der Steuererklärung auf einem Bierdeckel die Rede. Ach ja, und gerecht sollte es auch sein. Aber eine weitreichende Steuerreform sei nicht finanzierbar. Und das Steuermodell auf dem Bierdeckel wurde seinerzeit früh im Wahlkampf einkassiert. So ist es eben in der Demokratie. Der Begriff »alternativlos« fällt mir in diesem Zusammenhang wieder ein. Aber was habe ich vorne geschrieben? Alternativen gibt es immer, und ich bin überzeugt davon, dass ich eine echte Alternative für unser aktuelles Steuersystem gefunden habe. Dieses basiert auf vier wichtigen Veränderungen.

Das Herzstück ist eine neue Grundtabelle. Dafür setze ich den Steuerfreibetrag auf 1.999,- Euro Bruttoeinkommen monatlich fest. Dann wird jeder zusätzlich verdiente Euro mit 30 Cent besteuert. Das heißt, es gilt ein Spitzensteuersatz von 30 Prozent ab 2.000 Euro bis eigentlich unendlich. Der erste Vorteil liegt darin, dass niemand in einen absurden Spitzensteuersatz gerät, der weit über 40 Prozent liegt. Zum anderen ist der Anreiz für jede Gehaltsklasse gleich, mehr zu verdienen. Denn auf jeden Euro, der mehr verdient wird, müssen 30 Prozent Steu-

ern (plus Sozialabgaben) gezahlt werden. Außerdem kann jeder Steuerzahler seine Steuer individuell und einfach berechnen. Er zieht von seinem monatlichen Bruttoeinkommen 1.999,- Euro ab und multipliziert diesen Betrag mit 30 Prozent. Das ergibt dann seine monatliche Einkommenssteuer. Wird diese monatliche Einkommenssteuer durch das monatliche Bruttoeinkommen geteilt, erhält man den individuellen Steuersatz. Wichtig ist, dass immer zuerst aus dem Bruttoeinkommen (bei Arbeitnehmern) beziehungsweise aus dem zu versteuernden Einkommen (bei Selbstständigen) ohne vorherige Abzüge, wie für Kranken- und Pflegeversicherung sowie anerkannter Altersvorsorge (Erläuterung hierzu siehe Rente) der entsprechende Steuersatz errechnet wird. Erst danach werden die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur anerkannten Altersvorsorge sowie Beiträge zu gesetzlicher und privater Kranken- und Pflegeversicherung vom Einkommen abgezogen. Schließlich wird das dadurch reduzierte Einkommen mit dem vorher errechneten Steuersatz multipliziert und ergibt die zu zahlende Steuer. Ich vermeide hiermit zumindest die im aktuellen Steuersystem schwer nachvollziehbaren Wechsel der Steuersätze bei Abzug bestimmter Versicherungsbeiträge.

Mittelfristig sollte jeder selbst relativ einfach seine Steuer berechnen können, wobei der Bierdeckel voraussichtlich noch nicht ausreichen wird. Das aktuell sehr komplizierte Steuersystem mit den vielen bestehenden Besonderheiten, wie Werbungskosten, Ein-Prozent-Regel bei Firmenwagen und so weiter werden wir leider vorerst beibehalten und wenn möglich auf die neue Systematik anpassen müssen. Mein mittelfristiges Ziel ist jedoch die Abschaffung möglichst vieler »Sonderlocken«. In meinen Ausführungen beschränke ich mich daher auf

die entscheidenden Komponenten meines neuen Steuersystems.

Die weiteren wichtigen Änderungen sind die Abschaffung des Solidaritätszuschlags und der Abgeltungssteuer. Für Kapitalerträge und Aktiengewinne gilt dann zwar der neue individuelle Einkommensteuersatz, aber im Gegenzug führe ich die einjährige Spekulationsfrist wieder ein. Das heißt, wer Kapitalanlagen über zwölf Monate gehalten hat, realisiert seine (Kurs-) Gewinne steuerfrei. Langfristiger Kapitalaufbau wird attraktiver, und das halte ich für sehr wichtig. Denn meine Überlegungen zu Steuern, Krankenversicherung und Rente bieten hier neue und wichtige Freiräume. Und schließlich ersetze ich die Splittingtabelle für Ehepaare durch ein Kindersplitting bis drei Kinder. Denn steuerlich gefördert müssen meines Erachtens nicht kinderlose Ehepaare, sondern alleinerziehende Mütter oder Väter und Familien mit Kindern. Beim Kindersplitting wird die Steuer einfach durch die Anzahl der Kinder plus Steuerpflichtigen geteilt. Dadurch ergeben sich folgende Steuernachlässe: 50 Prozent bei einem Kind, 66,67 Prozent bei zwei Kindern, 75 Prozent bei drei Kindern. Natürlich kann man diese Steuer auch auf die Eltern verteilen. Das heißt, ein Ehepaar mit zwei Kindern kann optimiert und beliebig die 66,67 Prozent Nachlass auf den berufstätigen Vater und die berufstätige Mutter aufteilen.

Natürlich senken diese vier Veränderungen die Steuereinnahmen in Deutschland erheblich. Daher die berechtigte Frage: Wie kann man dieses neue Steuersystem eigentlich finanzieren? Am geeignetsten halte ich eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 auf 26 Prozent und eine Steigerung in Höhe von 37 Prozent bei den verminderten Mehrwertsteuersätzen. Die Mehreinnahmen daraus reichen zwar auf den ersten Blick nicht

aus, um die Reduzierung bei der Einkommensteuer komplett zu kompensieren, aber die verbleibende Differenz ist durchaus verkraftbar. Zudem sollte die Mehrwertsteuererhöhung beispielsweise in drei Stufen ein halbes Jahr vor Umsetzung aller anderen Überlegungen mit einer Steigerung auf 21 Prozent beginnen. Drei Monate später erfolgt dann die Erhöhung auf 23 und weitere drei Monate später auf 26 Prozent. Zu diesem Zeitpunkt werden dann auch alle anderen Überlegungen zeitgleich umgesetzt. Damit lassen sich mögliche Verwerfungen wie Hamsterkäufe vermeiden und wir erhalten einen vorübergehenden Steuerüberschuss, der sehr gut als Reserve zurückgelegt werden kann (siehe später unter »Deutscher Staatsfonds«).

Mit den Steuererleichterungen bei der Einkommenssteuer oben und meinen im Anschluss noch zu erläuternden Überlegungen zu Krankenversicherung und Rente ergeben sich dann weitere finanzielle Freiräume, die den privaten Konsum und somit die Steuerbasis der Mehrwertsteuer erhöhen. Außerdem senken sie die staatlichen Zuschüsse in die Sozialsysteme. Die absehbare Reduzierung der Steuerflucht oder der Steuersparmodelle führt ebenfalls zu Steuernehreinnahmen, denn grundsätzlich vertrete ich die Ansicht, dass ein gerechteres Steuersystem mit geringeren Steuersätzen die Steuerehrlichkeit fördert und somit auch das Steueraufkommen steigert. Das Ausweichen auf Panama Papers oder Ähnliches ist nicht mehr attraktiv genug und nicht mehr notwendig. Es wäre im Vorfeld vermessen zu sagen, dass es ein »Nullsummenspiel« wird, aber die Zusatzkosten werden sich in engen Grenzen halten. Dies ist für meine Überlegungen ein äußerst wichtiger Punkt. Denn nichts liegt mir ferner, als unbezahlbare Luftschlösser zu bauen.